

Mitglieder des Kreistags  
des Landkreises Esslingen

25. November 2024

Kurzprotokoll über die Sitzung des Kultur- und Schulausschusses  
vom 21.11.2024

**- Öffentlich -**

**1. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Kultur- und Schulausschusses**

Der Kultur- und Schulausschuss wählt in offener Wahl Kreisrätin Walburga Duong einstimmig als stellvertretende Vorsitzende des Kultur- und Schulausschusses.

**2. Freilichtmuseum Beuren - Saison 2024**

Der Kultur- und Schulausschuss nimmt den Saisonbericht zur Kenntnis.

**3. Entwicklung der Sachkostenbeiträge der Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Esslingen**

Der Kultur- und Schulausschuss nimmt die Entwicklung der Sachkostenbeiträge zur Kenntnis.

**4. Schülerzahlenentwicklung und Raumbedarfe an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren des Landkreises**

Der Kultur- und Schulausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 4.1 Von den Schülerzahlenanstiegen und den Raumbedarfen wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Die Verwaltung wird beauftragt, beim Regierungspräsidium Stuttgart die Erstellung eines Raumprogrammes zu veranlassen. Auf dieser Basis soll anschließend eine wirtschaftliche, nachhaltige und qualitätsvolle Gesamtstrategie erarbeitet werden, durch welche dem Raumbedarf angemessen Rechnung getragen werden kann.
- 4.3 Die Modulbauten auf dem Parkplatz der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule werden weiterhin als schulischer Interimsstandort genutzt. Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden Mietvertrag bis zum 31.08.2030 zu verlängern. Zudem sind die notwendigen Rückbauarbeiten zu veranlassen, so dass die Räumlichkeiten ab dem Schuljahr 2025/2026 zur Verfügung stehen.

- 4.4 Zur Einrichtung des schulischen Interimsstandortes werden über das Änderungsverzeichnis zum Haushaltsplanentwurf 2025 30.000 EUR für Umzugskosten und 150.000 EUR für die Erstausrüstung und Möblierung bereitgestellt. Für die anteilig anfallenden Miet- und Erbpachtaufwendungen werden bereits veranschlagte Haushaltsplanmittel in Höhe von 429.200 EUR vom Gebäudeauftrag Notunterkunft Nürtingen, Kanalstraße zum Gebäudeauftrag Rohräckerschulzentrum über das Änderungsverzeichnis umgeschichtet. Da den Aufwendungen im Budget Gemeinschaftsunterkünfte in gleicher Höhe Kostenerstattungen des Landes als Erträge gegenüberstehen, bedarf es parallel einer entsprechenden Reduzierung der Erträge über das Änderungsverzeichnis.

**5. Gestellung eines interimistischen Modulbaues für die Außenstelle des SBBZ Sprache am Standort der Schönbuchschule in Leinfelden-Echterdingen.**

Der Kultur- und Schulausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 5.1 Vom Sachverhalt wird Kenntnis genommen.
- 5.2 Der Gestellung eines interimistischen Modulbaues auf dem Schulhofgelände der Schönbuchschule in Leinfelden-Echterdingen wird zugestimmt.
- 5.3 Für die Errichtung und Inbetriebnahme des interimistischen Modulbaues für die Außenstelle SBBZ Sprache an der Schönbuchschule in Leinfelden-Echterdingen werden über das Änderungsverzeichnis zum Haushaltsplanentwurf 2025 390.000 EUR für die Herstellungskosten im Finanzhaushalt bereitgestellt.

**6. Haushaltsdebatte 2025  
- Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung**

**6.1 Anträge der Fraktion Freie Wähler**

**6.1.1 Raumbedarf an den SBBZ des Landkreises**

Seit Jahren ist die Raumversorgung an den SBBZ (früher Sonderschulen) des Landkreises auf Kante genäht.

So ist zum Beispiel an der Rohräckerschule in Esslingen der Sportplatz seit der Generalsanierung der Schule mit Modulbauten belegt, diese gehören inzwischen zur Grundversorgung.

Verschärft wird die Situation durch den absehbaren Verlust von Schulraum in Leinfelden-Echterdingen.

Wir beobachten die Situation mit Sorge und bitten deshalb um einen Sachstandsbericht.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in den Vorlagen 159/2024 und 160/2024 sowie der Zusage, das Thema Raumbedarf in der Klausurtagung des Kultur- und Schulausschusses am 31. Jan. 2025 zu erörtern, als erledigt betrachtet.

### **6.1.2 Berichts Antrag Schulsozialarbeit**

Wir beantragen einen Sachbericht im KSA über den aktuellen Stand der Schulsozialarbeit an den Schulen des Landkreises mit Informationen über:

- Den Anteil von Stellen an der einzelnen Schule (Vollzeitäquivalent)
- Den Versorgungsgrad im Verhältnis zur Schülerzahl
- Die Zuordnung zu einzelnen Schularten an der jeweiligen Schule
- Die Veränderung der Stellenzuordnung aufgrund der Einrichtung neuer Schularten

Die Schullandschaft der Schulen des Landkreises ist einer dynamischen Bewegung unterworfen, die stets neue und veränderte Anforderungen an die Schulsozialarbeit stellt. So ist zum Beispiel mit der Einführung des AVdual ein neuer Bedarf entstanden, während in den Bildungsgängen VAB und BEJ Kapazitäten frei geworden sind.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 als erledigt betrachtet.

### **6.1.3 Berichts Antrag Schulbegleitung**

Wir beantragen einen Sachbericht im KSA über die Entwicklung und den Stand der Schulbegleitung an den Schulen im Landkreis mit Informationen über:

- Kostenentwicklung seit Einführung im Jahr 2013
- Entwicklung des Deckungsgrades beim Kostenersatz
- Anzahl der Schulbegleiter (Vollzeitäquivalent)
- Anzahl der Inklusionsfälle an den Allgemeinbildenden Schulen
- Entwicklung der sonderpädagogischen Unterstützung durch Lehrkräfte der SBBZ (in Lehrerwochenstunden) an den Allgemeinbildenden Schulen
- Zahlen von Schülern und Kosten vergleichbarer Landkreise im Umfeld

Der absolute Aufwand für die Schulbegleitung steigt in 2025 auf 22,6 Mio. €, der Kostendeckungsgrad sinkt auf 4,2%. Die Versorgung mit Lehrkräften an den SBBZ ist das „Sorgenkind des Kultusministeriums“ weil es überall an ausgebildeten Sonderschullehrern fehlt. Es ist nicht akzeptabel, dass Inklusion mangels fehlender Fachkräfte durch den Einsatz nichtpädagogischen Personals, das dann vom Landkreis finanziert werden muss, an den Allgemeinbildenden Schulen ausgehöhlt oder gar verhindert wird. Ziel des Landkreises muss die Entwicklung einer Handlungsstrategie im Verbund mit anderen Landkreisen und dem Landkreistag sein, um künftig zu einer sachgerechten Umsetzung und Finanzierung zu kommen.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 als erledigt betrachtet.

## **6.2 Anträge CDU-Fraktion**

### **6.2.1 Die CDU-Fraktion beantragt folgende Informationen:**

1. Die Wiedereinführung von G9 an den allgemeinbildenden Gymnasien wirft die Frage auf, ob überhaupt und wie sich dies auf die Übergänge in die beruflichen Gymnasien auswirkt. Auf welche Weise muss jetzt differenziert

werden, wenn Schülerinnen und Schüler sowohl aus G8 als auch aus G9 wechseln?

2. Wie sieht die Kennzahlenentwicklung für den Übergang von den allgemeinbildenden Gymnasien in die beruflichen Gymnasien aus?
3. Wie sehen die Kennzahlen, Erfahrungen und Bedingungen für den Übergang von Realschülern und Schülerinnen ins berufliche Gymnasium aus? Welche Maßnahmen sind von Seiten der aufnehmenden Schulen notwendig, um den Übergang ohne Probleme zu schaffen und was hat sich verändert?
4. Welche Rolle, wenn überhaupt, spielen die Gemeinschaftsschulen in diesem Kontext? z. B. als Konkurrenz beim Angebot eines gymnasialen Abschlusses?
5. Welche neuen Erkenntnisse gibt es beim Übergang von Schule in den Beruf:
  - in Bezug auf Ausbildungsverträge,
  - in Bezug auf Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungswille,
  - bei Ausbildungsplatzangeboten und bei Feedback Informationen von Handwerk und Industrie? Wie sehen die Kennzahlen aus?
6. Welche besonderen Herausforderungen bestehen im Kontext mit der Betreuung und Integration von Flüchtlingen in allen schulischen Bereichen?
7. Welche maßgebliche Rolle spielt bei all den Herausforderungen die Lehrerversorgung? Wie sieht die Realität sowohl in den beruflichen Schulen als auch in den Schulen des SBBZ aus?

Begründung:

Der Kreistag wurde neu gewählt, der Landrat hat gewechselt, die Schullandschaft mit all ihren Besonderheiten und Herausforderungen ist immer in Bewegung und Veränderungen unterworfen. Viele Kreisrätinnen und Kreisräte sind neu.

Aus unserer Sicht ein wichtiger und richtiger Schritt für ein Update.

Zu Thema baulichen Herausforderungen hat die Verwaltung ja bereits zu einer Klausurtagung eingeladen.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 sowie der Zusage, nach dem Schuljahr 2024/2025 über die ersten Erfahrungen mit AVdual im Ausschuss zu berichten, als erledigt betrachtet. Zudem ist geplant, die weiteren Fragestellungen in der Kultur- und Schulausschusssitzung am 27.02.2025 im Rahmen der Schülerstatistik oder in einem gesonderten Bericht zu beantworten.

### **6.2.2 Antrag Freilichtmuseum**

Eingelagerte historische Gebäude

Nach den Gutachten, die aus der Vorlage 072/2021 ersichtlich sind, gibt es eigentlich nur ein Haus (Nr.1, Wangen), bei dem ein Wiederaufbau empfohlen wird. Die CDU-Fraktion beantragt einen Zeit- und Finanzierungsplan für den Aufbau dieses Objekts mit einer möglichst schnellen Realisierung.

Begründung:

Entsprechend der Vorlage Nr. 072/2021 hat das Freilichtmuseum derzeit noch drei historische Gebäude eingelagert. Diese wurden in den 1980er-Jahren für

den Wiederaufbau abgebaut und eingelagert. Die Finanzierung (Abbau usw.) erfolgte damals zu 100 % durch das Land.

Bei den Häusern handelt es sich um (Info Vorlage):

1. Bauern- und Handwerkerhaus aus Wangen - Kreis Göppingen.  
(Ein Wiederaufbau wäre aus Sicht des Bausachverständigen vertretbar).
2. Bauernhaus aus Frickenhausen - Kreis Esslingen.  
(Für die abschließende Bewertung sollte die ursprüngliche Empfehlung des Bauforschers, Rückführung des Gebäudes auf den Erbauungszustand, kritisch geprüft werden.)
3. Wohnhaus aus Echterdingen - Kreis Esslingen).  
(Der Wiederaufbau des Hauses wird aus Sicht des Bausachverständigen nicht empfohlen.)

Der damalige Beschlussantrag lautete unter Punkt 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorlage der abschließenden Bewertung der Gebäude, im Kultur- und Schulausschuss erneut zu berichten und eine Entscheidung herbeizuführen.

Inzwischen haben wir fast Ende 2024 erreicht. Der Zustand der Häuser wird sich durch die Lagerung mit Sicherheit verschlechtert haben. Bisher gab es, nach unserer Erinnerung, keine neuen Informationen gemäß Beschlussantrag und auch keine endgültige Entscheidung. Diese müsste auch deshalb umgehend erfolgen, da die Lagerflächen laut Vorlage im Jahr 2025 geräumt sein müssen.

Viel Handlungsspielraum bleibt nicht mehr. Wir würden uns freuen, wenn noch ein Gebäude zu retten wäre. Nachdem das Land damals den Abbau zu 100% finanziert hat, steht eigentlich der Landkreis hier in der Pflicht.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 sowie der Zusage, im Kultur- und Schulausschuss in 2025 über die abschließende Bewertung der eingelagerten Häuser zu beraten, als erledigt betrachtet.

### **6.3 Anträge der Fraktion Die Grünen**

#### **6.3.1 Berichtsantrag: Ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter an den SBBZ**

Wir beantragen bei der Landkreisverwaltung im KSA darüber zu berichten, wie der Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter nach dem Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG ab dem 1. August 2026 (Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter) in den SBBZ umgesetzt werden soll. Dabei soll auch auf die räumlichen Anforderungen und die Auswirkungen auf den Raumbedarf eingegangen werden.

##### **Begründung**

Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben Kinder, die die erste Klassenstufe besuchen, einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Der Anspruch wird schrittweise auf die folgenden Klassenstufen ausgeweitet, so dass ab dem Schuljahr 2029/2030 alle Schulkinder der ersten bis vierten Klassenstufe einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben. Die Ganztagsbetreuung umfasst auch die Schulferien.

Wir wünschen uns eine qualitativ gute Umsetzung dieses Rechtsanspruchs an den SBBZ. Dazu soll die Verwaltung gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern rechtzeitig ein Konzept erarbeiten.

Ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote stärken Kinder im Grundschulalter und helfen den Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist auch für die Eltern von Schülerinnen und Schülern der SBBZ im Landkreis essentiell.

Kinder können im Ganztag gezielt gefördert werden. Es steht ausreichend Zeit zur Verfügung, damit sie auch außerhalb des Unterrichts Lernerfahrungen sammeln können. So werden Bildungschancen eröffnet, die Benachteiligungen ausgleichen.

Familien brauchen angesichts vielfältiger Krisen und aktueller Herausforderungen mehr Unterstützung. Nur mit qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten für Kinder von 0 bis 10 Jahren kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt und unfreiwillige Teilzeitarbeit von Müttern und Vätern verringert werden.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 sowie die Zusage, in einer der nächsten Kultur- und Schulausschusssitzungen über die Umsetzung des Ganztagesanspruchs an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises zu berichten, als erledigt betrachtet.

### **6.3.2 Berichts Antrag: Übergang von Schule in den Beruf an den SBBZ**

Wir beantragen bei der Landkreisverwaltung im KSA darüber zu berichten,

- a) wie der Übergang in den Beruf der Schülerinnen und Schülern der Sonderpädagogischen Bildungszentren des Landkreises Esslingen gestaltet ist. Der Bericht soll darstellen welchen weiteren Weg die Schulabgängerinnen und -abgänger nach Abschluss der Schule einschlagen.
  - a. Wie hoch ist der prozentuale Anteil von Schülerinnen und Schülern, die eine Berufsausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt machen?
  - b. Wie hoch ist der Anteil, die eine Arbeitsstelle auf dem zweiten Arbeitsmarkt antreten?
  - c. Wie hoch ist der Anteil, die einen Platz in einer WfMmB, einschließlich des Förder- und Betreuungsbereichs antreten und stehen dort ausreichend Plätze zur Verfügung?
  - d. Wie viele der Schulabgängerinnen und Schulabgänger treten keine Arbeitsstelle an und bleiben zu Hause?
  - e. Wie werden die Schülerinnen und Schüler der SBBZ bei der Berufswahl unterstützt und auf den Beruf vorbereitet?
- b) wie viele Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf inklusiv an den beruflichen Schulen des Landkreises unterrichtet werden.

#### **Begründung**

Im Zusammenhang mit der UN-Behindertenkonvention und dem weiteren Ausbau der Inklusion ist es wichtig, auch die Teilhabe in den Arbeitsmarkt in den Blick zu nehmen und zu fördern. Der Berichts Antrag soll zunächst einmal dazu dienen einen Überblick über die Situation der Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu erhalten.

Dieser Antrag wird durch die Zusage, in einer der nächsten Kultur- und Schulausschusssitzungen einen mit der Agentur für Arbeit sowie dem Staatlichen Schulamt abgestimmten Sachstandsbericht einzubringen, als erledigt betrachtet.

#### **6.4 Anträge SPD-Fraktion**

##### **6.4.1 Antrag: Ausbildung der Zweiradmechatroniker im Landkreis Esslingen verankern!**

Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt die Bestrebungen der Landkreisverwaltung eine Ausbildung als Zweiradmechatroniker/in im Landkreis Esslingen anzusiedeln. Sollte die Philipp-Matthäus-Hahn-Schule den Zuschlag für die Ausbildung von Zweiradmechatronikern erhalten, beantragt die SPD-Kreistagsfraktion zu klären, in welchem Umfang gebäudetechnische Maßnahmen an der PMH-Schule in Nürtingen notwendig sind. Ob zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen, hat die Verwaltung bis zur Entscheidung zu klären.

Begründung:

Die Situation um die Ausbildung der Zweiradmechatroniker ist in die entscheidende Phase gelangt. Am 07.11.2024 wird vermutlich eine Entscheidung der Landesregierung getroffen. Die Verwaltung möge zuvor die Frage an die Landesregierung richten, weshalb das Land diese Ausbildung nicht an allen drei Standorten in BW stattfinden lassen will.

Der Bedarf ist zumindest im Landkreis Esslingen gegeben. In Nürtingen haben sich bereits 51 Interessenten aus dem Kreis ES erkundigt. Die SPD-Fraktion sieht hier die Chance für die Ausbildung qualifizierter Facharbeiter in einer Branche, die Zukunft hat.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 als erledigt betrachtet.

##### **6.4.2 Antrag: Immobilienentwicklung an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule**

1. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt zu klären, die künftige Nutzung der „alte Turnhalle“ auf dem Gelände der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule zu skizzieren.
2. Für den Sportunterricht an der PMH-Schule ist ein Neubau vorzusehen. Die SPD-Fraktion beantragt abzuklären, inwieweit eine neue Sporthalle gemeinsam mit der Stadt Nürtingen konzipiert werden kann.

Begründung:

Die bestehende Turnhalle auf dem Gelände der Philipp-Matthäus-Hahn Schule ist seit Jahren erheblich sanierungsfällig.

Dazu bittet die SPD-Kreistagsfraktion um Einschätzungen zu einer möglichen künftigen Nutzung und insbesondere um Beantwortung damit verbundener Fragen: Wird von der Verwaltung ein Umbau oder ein Abriss in Erwägung gezogen? Können dort eventuell benötigte Werkstätten untergebracht werden? Kann eine Kollision mit Fördermitteln des Landes und des Bundes eintreten, oder ist das vermeidbar, wenn neue Räumlichkeiten wieder schulischen Aufgaben gewidmet werden? Besteht für 2025 bereits ein Finanzbedarf, um handeln zu können?

Zudem ist für den Sportunterricht eine neue Lösung notwendig, die nach bisherigem Informationsstand auf dem Gelände des bisherigen Shedbaus vorgesehen ist. Die SPD-Kreistagsfraktion hält in diesem Zusammenhang eine Prüfung einer möglichen Kooperation mit der Stadt Nürtingen aus Ressourcengründen für geboten.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 als erledigt betrachtet.

## **6.5 Antrag AfD-Fraktion**

### **6.5.1 Qualitätsniveau an den Berufsschulen verbessern**

Die Antragsteller haben schon vor zwei Jahren Klagen aus Industrie und Handwerk aufgegriffen, die sich auf das schlechte Bildungsniveau von Lehrlingen bezogen.

Ausgangspunkt war neben den Erkenntnissen aus der Praxis eine Untersuchung des angesehenen Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), nach der das Bildungsniveau an den allgemeinbildenden Schulen Baden-Württembergs sich in der Zeit von 2016 bis 2021 deutlich verschlechtert habe.

Als Gründe für die schlechten Leistungen nannte das Institut gesellschaftliche Unterschiede und Benachteiligungen, die vor allem bei Migrantenkindern auftreten würden.

So entspreche der Leistungsunterschied beim Zuhören mehr als zweieinviertel Schuljahren.

Die Antragssteller wollten damals wissen, welche Erkenntnisse die Verwaltung über das Qualitätsniveau an unseren Berufsschulen hätte und was sie unternehme, um die zu erwartenden Wissensmängel zu verringern, z. B. durch zusätzlichen Deutsch- und praxisnahen Unterricht.

Heute stellt sich die Frage, was seit zwei Jahren konkret unternommen worden ist?

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 als erledigt betrachtet.

## **6.6 Anträge Fraktion Die Linke**

### **6.6.1 Hygieneartikel für Frauen in vom Landkreis getragenen Schulen und weiteren Kreis-Einrichtungen und Gebäuden**

Die Fraktion Die Linke beantragt,

1. in allen vom Landkreis getragenen Schulen werden auf den Frauen-Toiletten Hygieneartikel für Frauen kostenlos zur Verfügung gestellt.
2. die Verwaltung prüft, inwieweit dieses Angebot – nach einer Testphase in den Schulen – auf die weiteren Gebäude des Landkreises sowie der Medius-Kliniken erweitert werden kann.

Begründung:

1. In einem ähnlich lautenden Antrag, den der Jugendgemeinderat Esslingen an die Stadt Esslingen stellt, heißt es: „Rund 50 Prozent der Esslinger Bevölkerung ist weiblich, hat monatlich ihre Periode und ist demnach regelhaft auf Menstruationsprodukte angewiesen (...). Da die Periode immer noch



stigmatisiert und schambesetzt ist, fordern wir kostenfreie Hygieneartikel auf den öffentlichen Toiletten unserer Stadt. Die Monatsblutung stellt vor allem junge Mädchen und Frauen vor Herausforderungen, da sie keine Rücksicht auf Zeitpunkt oder Lebenssituation nimmt und sich nicht regulieren und beeinflussen lässt. Mit der Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten in Schulen und öffentlichen Gebäuden kann hier Abhilfe geschaffen werden. Die Bereitstellung von Tampons und Binden kann mithilfe von Automaten, Körben, etc. einfach durchgeführt werden.“ Die dargestellte Problematik lässt sich unserer Meinung nach exakt auf die vom Landkreis getragenen Schulen übertragen, die ebenfalls von (weiblichen) Heranwachsenden und jungen Erwachsenen besucht werden, die durch ein entsprechendes Angebot entlastet werden. Dass der Esslinger Jugendgemeinderat diesen Antrag stellt, zeigt, dass es sich hier um ein unter weiblichen jungen Menschen drängendes Problem handelt und ist zudem ein positives Beispiel für praxisorientierte Partizipation junger Bürger\*innen – viele solcher Beispiele gibt es ja nicht. Die Kosten für diese Maßnahme halten sich im Verhältnis zum Nutzen – in Grenzen: Am Theodor-Heuss-Gymnasium Esslingen – dort hat die SMV dies modellhaft durchgeführt – beliefen sich die Kosten bei einer Schülerinnenzahl von ca. 450 auf 250 Euro im Schuljahr.

2. Sollte sich diese Maßnahme an den Schulen als praktikabel und erfolgreich erweisen (was durch Befragungen in den Schulen z.B. durch die dortigen Schulleitungen oder SMVen erhoben werden könnte), so ist ein gleicher Effekt auch für die weiteren Gebäude des Landkreises (Landratsamt etc.) sowie für die Medius-Kliniken zu erwarten und eine Erweiterung des Modells anzustreben.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 149/2024 sowie die Zusage, nach einer Erprobungsphase an den Schulen über die weitere Umsetzung zu berichten, als erledigt betrachtet.

### **6.6.2 Kulturelle Teilhabe ermöglichen**

Die Fraktion Die Linke beantragt, die ermäßigten Eintrittspreise des Freilichtmuseums in der Kategorie „Auszubildende, Studierende, Menschen mit Behinderung“ um die Personengruppe der Menschen im sozialen Leistungsbezug zu ergänzen.

Begründung:

Um die lokale Kultur und konkret der Eintritt in das Freilichtmuseum des Landkreises auch Menschen mit wenig Einkommen zu ermöglichen, soll die ermäßigte Preiskategorie um diese Personengruppe erweitert werden. Dafür haben viele Städte und Kommunen Kulturpässe oder sonstige Ermäßigungen. Da der Landkreis Esslingen nicht über viele Einrichtungen verfügt, die über ein System von Eintrittspreisen funktionieren, soll diese Regelung für das Freilichtmuseum eingeführt werden. Dies kann in der Praxis problemlos an der Kasse äquivalent wie z. B. beim Studierendenausweis kontrolliert werden.

Der Antrag wird bei 10 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

gez.  
Marcel Musolf

Landrat